

Allgemeine Teilnahmebedingungen

für das ergänzende Spätangebot und das ergänzende Ferienangebot nach dem Rahmenkonzept „Kooperative Ganztagsbildung in Oldenburger Grundschulen“

Anmeldezeitraum:	01.01.2021 bis 15.02.2021
gültig für den Angebotszeitraum Spätangebot:	01.08.2021 bis 31.07.2022
gültig für den Angebotszeitraum Ferienangebot:	01.03.2021 bis 28.02.2022

§ 1	Allgemeines	1
§ 2	Vergabe der Angebotsplätze	1
§ 3	Notwendige Angaben	2
§ 4	Aufsichtspflicht	2
§ 5	Elternbeiträge	3
§ 6	Essensverpflegung	3
§ 7	Allergien, Unverträglichkeiten und Medikamente	3
§ 8	Versicherungen	4
§ 9	Laufzeit, Ausschluss und Kündigung	4

§ 1 Allgemeines

Das ergänzende Spätangebot und das ergänzende Ferienangebot (im Folgenden „Angebote“) werden vom primären Kooperationspartner (im Folgenden „Kooperationspartner“) der jeweiligen Grundschule eigenverantwortlich durchgeführt. Grundlage ist das Rahmenkonzept „Kooperative Ganztagsbildung in Oldenburger Grundschulen“ in der jeweils gültigen Fassung. Dieses ist abrufbar unter: www.oldenburg.de/ganztagsbildung-in-grundschulen. Der Kooperationspartner kann zudem weitere pädagogische und organisatorische Vorgaben machen. Informationen über die konkrete Durchführung sind direkt beim Kooperationspartner erhältlich.

Bedingung für die Teilnahme von Kindern ist der Abschluss eines Teilnahmevertrages durch die Personensorgeberechtigten (im Folgenden „Eltern“) mit dem Kooperationspartner unter Anerkennung dieser allgemeinen Teilnahmebedingungen. Für die Teilnahme ist keine Mitgliedschaft beim Kooperationspartner erforderlich. Eine Teilnahme an den Angeboten ist nur für Kinder der zugehörigen Grundschule möglich. Eine Teilnahme am Spätangebot ist zudem nur für Kinder möglich, die auch am schulischen Ganztagsangebot teilnehmen.

Der Kooperationspartner gewährleistet für die Eltern eine angemessene Erreichbarkeit per Telefon und E-Mail. Die konkrete Erreichbarkeit kann beim Kooperationspartner erfragt werden. Die Eltern gewährleisten während der Angebotszeit eine dauerhafte Erreichbarkeit per Telefon durch sich selbst oder eine Vertretung.

§ 2 Vergabe der Angebotsplätze

Die Anmeldung erfolgt jährlich zwischen dem 01.01. und dem 15.02. Sie erfolgt immer für einen Angebotszeitraum: Beim Spätangebot vom 01.08. eines Jahres bis 31.07. des Folgejahres (Schuljahr) und beim Ferienangebot vom 01.03. eines Jahres bis 28.02. (in Schaltjahren 29.02) des Folgejahres. Beim Ferienangebot können für die Kinder der neuen ersten Klassen alle Buchungspakete, die ab

dem 01.08. beginnen, gebucht werden. Für die Kinder der abgehenden vierten Klassen können alle Buchungspakete, die vor dem 01.08. enden, gebucht werden. Die Angebotsumfänge und Angebotszeiten an den einzelnen Schulstandorten sind verschieden. Sie können beim Kooperationspartner erfragt werden beziehungsweise sind den Anmeldebögen zu entnehmen.

Falls die Anmeldezahlen das Platzangebot übersteigen, nimmt der Kooperationspartner eine Auswahl gemäß der Bedarfskriterien der „Grundsätze für die Bedarfsprüfung in den ergänzenden Angeboten an Ganztagsgrundschulen in der Stadt Oldenburg (Oldb)“ (Anlage 3 des Rahmenkonzeptes, Link oben) vor. Nicht aufgenommene Kinder können unabhängig vom Anmeldezeitraum auf einer Vormerkliste eingetragen werden. Die Vergabe frei werdender Plätze erfolgt analog zum übrigen Verfahren. Die Dauer der Wartezeit ist kein Kriterium.

Bei Kindern mit einem (vermuteten) besonderen Unterstützungsbedarf oder einer (geplanten) Zurückstellung vom Schulbesuch in einen Schulkindergarten muss vor der Aufnahme in ein Angebot eine Prüfung der pädagogischen und organisatorischen Möglichkeiten erfolgen. Hierzu sind die Eltern verpflichtet, spätestens im Zuge der Anmeldung Kontakt mit dem Kooperationspartner aufzunehmen. Eine Teilnahme ist nicht möglich, falls eine „Unterstützung der sozialen Teilhabe“ (Sozialgesetzbuch VIII oder IX) in Anspruch genommen werden kann und diese durch die Eltern nicht genutzt wird. Eine entsprechende Bedarfsfeststellung ist dem Kooperationspartner vorzulegen. Eine Beratung kann durch die Fachstelle Eingliederungshilfe im Amt für Teilhabe und Soziales erfolgen.

§ 3 Notwendige Angaben

Die Eltern sind vor erstmaligem Abschluss eines Teilnahmevertrages verpflichtet, folgende Unterlagen zur Kenntnis zu nehmen und vollständig und richtig auszufüllen. Die Unterlagen sind direkt beim Kooperationspartner erhältlich.

- Erklärung zur Bedarfsprüfung
- Erklärung zum Einkommen
- Erklärung für einen Notfall
- Erklärung zum Infektionsschutzgesetz

Weitere Angaben können, insbesondere bei Allergien des Kindes (siehe § 7), für die Teilnahme an den Angeboten notwendig sein. Sollten sich bei den von den Eltern gemachten Angaben Änderungen ergeben, sind diese dem Kooperationspartner unverzüglich mitzuteilen.

§ 4 Aufsichtspflicht

Die Aufsichtspflicht für das Kind liegt während der Angebotszeit beim Kooperationspartner. Sie beginnt mit der Ankunft des Kindes im Angebot und endet mit der Entlassung. Sie gilt somit nicht für den Hin- und Rückweg. Eine Entlassung des Kindes während der Angebotszeit ist nur nach vorheriger Rücksprache und bei eigenständigem Losgehen des Kindes möglich. Soll das Kind den Weg nicht alleine zurücklegen, bedarf es einer entsprechenden schriftlichen Erklärung der Eltern. Die Angebotszeit darf nicht überschritten werden und die Eltern gewährleisten eine pünktliche Abholung. Bei Veranstaltungen (z.B. Festen) liegt die Aufsichtspflicht für das Kind bei den Eltern, sofern vorher keine andere Absprache getroffen wurde. Die Aufsichtspflicht des Kooperationspartners umfasst nicht die Verantwortung für mitgebrachte private Gegenstände der Kinder.

Bei Gefahr in Verzug ist der Kooperationspartner berechtigt, alle Hilfeleistungen vorzunehmen, die zum Wohle des Kindes erforderlich sind. Die Eltern sind darüber unverzüglich zu informieren.

Die Eltern verpflichten sich, dem Kooperationspartner das Fernbleiben des Kindes (z.B. bei Erkrankung) umgehend mündlich oder vorher schriftlich mitzuteilen. Sollte das Kind nicht wie vereinbart im Angebot erscheinen, informiert der Kooperationspartner die Eltern über das Fehlen. Können die Eltern oder weitere genannte Ansprechpersonen auch nach mehrmaligen Versuchen nicht erreicht werden, informiert der Kooperationspartner die Polizei.

§ 5 Elternbeiträge

Die zu zahlenden Elternbeiträge richten sich nach den „Grundsätzen für die Erhebung eines Elternbeitrages für den Besuch der städtischen Kindertagesstätten in der Stadt Oldenburg (Oldb)“ (Bezugsquelle 3 des Rahmenkonzeptes, Link oben) und sind nach Einkommensstufen gestaffelt.

Die Zahlungspflicht entfällt nicht, falls das Angebot nicht in Anspruch genommen wird. Der Grund der Nichtinanspruchnahme ist dabei unerheblich. Die Zahlungspflicht besteht auch, falls das Kind gemäß § 9 befristet vom Angebot ausgeschlossen wurde.

Der Kooperationspartner kann für das Ferienangebot zusätzliche Beiträge in Höhe von maximal 15 € je Buchungspaket erheben. Die damit finanzierten Inhalte müssen grundsätzlich als Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) abrechenbar sein.

Die Gesamtkosten der Angebote können beim Kooperationspartner erfragt werden beziehungsweise sind den jeweiligen Anmeldebögen zu entnehmen. Die Zahlungsmodalitäten werden vom Kooperationspartner festgelegt.

§ 6 Essensverpflegung

Die Anmeldung zur Mittagsverpflegung erfolgt bei der Anmeldung zum schulischen Ganztagsangebot oder zum Ferienangebot einmalig für die Dauer des gesamten Schulbesuchs an der jeweiligen Schule. Sie kann nur für die Gesamtzahl der Tage erfolgen, für die das Kind zu den Angeboten angemeldet wurde.

Die Teilnahme an der Mittagsverpflegung im Ferienangebot ist Teil des pädagogischen Konzepts und erfolgt gemäß der „Satzung der Stadt Oldenburg über die Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung in den Mensen an den Grundschulen“ in der jeweils gültigen Fassung. Dieses ist abrufbar unter: www.oldenburg.de/bezahlung-mittagessen. Die Essensbeiträge sind zusätzlich zu den Elternbeiträgen zu zahlen und werden von der Stadt Oldenburg abgerechnet.

Die Eltern sind verpflichtet, ihrem Kind auch zusätzlich zur Mittagsverpflegung ausreichend Essen mitzugeben.

§ 7 Allergien, Unverträglichkeiten und Medikamente

Bestehen beim Kind Allergien oder Unverträglichkeiten, die während der Teilnahme an den Angeboten zu einer schwerwiegenden Gesundheitsbeeinträchtigung führen können, bedarf es einer entsprechenden schriftlichen Erklärung der Eltern. Die Aufsichtspflicht des Kooperationspartners umfasst nicht die Verhütung von Schäden durch nicht gemeldete Allergien und Unverträglichkeiten.

Der Kooperationspartner ist nicht zur Verabreichung von Medikamenten an das Kind verpflichtet. Falls er diese Aufgabe auf freiwilliger Basis übernimmt, ist eine vorherige schriftliche Zusatzvereinbarung mit den Eltern notwendig.

§ 8 Versicherungen

Während der Angebotszeiten besteht folgender Versicherungsschutz:

- Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. € für Personen- und Sachschäden.
- Gesetzliche Unfallversicherung (Gemeinde-Unfallversicherungsverband) oder alternative Unfallversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 245 Tsd. € Leistung bei Vollinvalidität.

Weitere Versicherungen bestehen nicht und sind bei Bedarf von den Eltern abzuschließen.

Die Eltern sind verpflichtet, einen festgestellten Schaden unverzüglich beim Kooperationspartner anzuzeigen.

§ 9 Laufzeit, Ausschluss und Kündigung

Der Teilnahmevertrag beginnt und endet entsprechend der Angebotszeiträume gemäß § 3. Er endet ebenfalls automatisch mit Ablauf des Monats einer Abmeldung des Kindes von der jeweiligen Grundschule.

Ein befristeter Ausschluss des Kindes von den Angeboten ist möglich, falls es durch sein Verhalten sich, andere Personen oder den Betrieb des Angebotes erheblich gefährdet (insbesondere bei Schädigung der Gesundheit oder Sachbeschädigung). Die Eltern sind in diesem Fall verpflichtet, das Kind unverzüglich abzuholen und die Aufsichtspflicht zu übernehmen.

Eine Kündigung durch die Eltern ist unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen zum Monatsende möglich, falls sich in Härtefällen die Lebensumstände in Bezug auf die Teilnahme des Kindes an den Angeboten in erheblichem Umfang (insbesondere Krankheit) verändert haben.

Eine Kündigung durch den Kooperationspartner ist unter Einhaltung einer Frist von vier Wochen zum Monatsende möglich, falls das Kind mehrmals durch sein Verhalten sich, andere Personen oder den Betrieb des Angebotes erheblich gefährdet oder sich die Eltern mit der Beitragszahlung mit mehr als zwei Raten in Verzug befinden. Vor Ausspruch einer Kündigung ist den Eltern die Möglichkeit zu einer Anhörung zu geben. Die gesetzlichen Kündigungsregelungen bleiben hiervon unberührt.

Nach einer Kündigung durch den Kooperationspartner besteht kein grundsätzlicher Anspruch auf einen erneuten Abschluss eines Teilnahmevertrages.

Kündigungen müssen schriftlich erfolgen.